



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24894 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/235 - 15. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Was ist nun zu tun? Von Kurt Kattick, KdF	81
3 - 4	Vieles bleibt im Halbdunkel Fall Reinefarth - ein trübes Kapitel	103
5 - 6	Auflösungserscheinung bei der DP Teilt sie das Los des BHE?	68
<u>Anhang:</u>	Wetterleuchten über Nordafrika Eindrücke einer Informationsreise nach Tunesien und Algerien Von Jockel Fuchs, KdL, Mainz	546

* * * *

* * *

Was ist nun zu tun?

Von Kurt Mattick, MdB

Da es zwischen Regierung und Opposition gerade in Fragen der Wiedervereinigung und der Außenpolitik bisher keine einheitliche Haltung gibt, erscheint die gemeinsame Entschließung des Bundestages in Berlin nicht mehr als eine Geste. Einige gut beleumdete internationale Zeitungen sind in ihrem Urteil sogar wesentlich härter. Als einmaligen Akt der Proklamation nimmt auch kein Bundesbürger die Worte ernst, wenn nicht Taten folgen.

Als Bundeskanzler Adenauer 1955 in Moskau war, sagte ihm Chruschtschow zur Wiedervereinigung: uns bläst der Wind nicht ins Gesicht. In einer Note, die Herr Chruschtschow am 7. September 1958 an den Präsidenten Eisenhower zur Lage in Raum von Quemoy sandte, schrieb er wörtlich: "Für die Regierung, die sich in Peking, der Hauptstadt Chinas, befindet, und der das Millionen Menschen zählende Volk die Leitung seines Geschickes anvertraut hat, ist berechtigt und hat reale Möglichkeiten, China in den internationalen Beziehungen zu vertreten".

Als der Deutsche Bundestag nach Berlin kam, schrieb "Das Neue Deutschland" "von den Gästen, die sich in unserer Hauptstadt (der DDR) in diesen Tagen aufhalten". Erst wenn Berlin Hauptstadt der Bundesrepublik ist, begreift man im Ausland die Wiedervereinigung als Gegenwartsproblem. In der Bundesrepublik würde die Unruhe entstehen, die auf der Tagung "Unteilbares Deutschland" immer wieder gefordert wurde. Damit würde Berlin die geteilte Hauptstadt des geteilten Deutschlands, und mit einem Angriff auf Westberlin würde man die Hauptstadt der Bundesrepublik angreifen. Berlin ist nicht Quemoy, und die Bundesrepublik darf nicht Formosa werden.

Jetzt sollte man den Beschluß des Deutschen Bundestages vom Januar 1957 in die Tat umsetzen. Im Antrag 3116, der von allen Parteien im Gesamtdeutschen Ausschuß erarbeitet wurde, heißt es: "Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands". Der Bundesregierung wird empfohlen, schon jetzt organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, daß Bundesministerien nach Berlin verlegt werden können. Die Schlußfolgerungen aus diesem Antrag müßten jetzt sofort sein:

Berlin wird zum offiziellen Sitz der Bundesregierung proklamiert.

Der Bundestag baut sich sofort in Berlin ein eigenes Haus und verlegt nach Fertigstellung seinen ständigen Sitz nach Berlin. Bis dahin werden regelmäßig Sitzungen in Berlin abgehalten und die einmal vom Bundestagspräsidenten Gerstenmaier gegebene Empfehlung wahrgemacht, daß jeder Ausschuß mindestens einmal im Jahr in Berlin tagt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nun schnellstens das Schloß Bellevue fertigzustellen, um dem Bundespräsidenten einen festen Wohnsitz in Berlin zu geben und damit auch die Voraussetzung zu schaffen, daß diplomatische Empfänge und Aktionen in Berlin durchgeführt werden.

Das Gesamtdeutsche Ministerium wird sofort nach Berlin verlegt. Bundesräume sind dafür genügend vorhanden.

Das Außenministerium verlagert seinen Schwerpunkt nach Berlin.

Darüber hinaus wird die weitere Verlagerung von Ministerien nach Berlin systematisch eingeleitet.

Mit Ausnahme der Ministerien und Institutionen, denen die militärische Erfüllung der NATO-Verpflichtungen obliegt, kann jedes Ministerium nach Berlin verlagert werden. Darüber gibt es sogar ein Gutachten.

Internationale Verträge (Handelsverträge) sollten in Zukunft in Berlin unterzeichnet werden.

Die Bundesregierung sollte die diplomatischen Vertretungen in Bonn bitten, sich auch in Berlin zu etablieren.

So könnte allmählich eine Achse Bonn-Berlin entstehen, die es jedem, dem es angeht, klarmacht, daß die deutsche Politik mit allen politischen Mitteln auf Wiedervereinigung drängt. International würde der unmögliche deutsche Zustand sichtbar werden, wenn internationale Verträge von zwei Regierungen für zwei Teilstaaten in einer gespaltenen Stadt unterschrieben werden.

Alle behördlichen und parlamentarischen Briefbogen, die zur Zeit noch in Bonn verwendet werden, sollten mit der Unterzeile versehen werden:

"Provisorischer Sitz im gespaltenen Deutschland".

Die aus solchen Maßnahmen entstehenden Kosten werden nur einen Bruchteil der Kosten ausmachen, die man für Rüstungszwecke ausgibt. Setzen wir grundsätzlich voraus, daß Rüstung notwendig ist, um die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten und daß diese Kosten in der Hoffnung übernommen werden, daß Menschen und Material nie zum Einsatz kommen, so ist der Kostenaufwand für die deutsche Wiedervereinigung bestimmt nicht leichtfertig vertan, wenn man überhaupt noch mit ihr rechnet.

Eine große Zahl der vielen Flüchtlinge kommt jetzt aus Hoffnungslosigkeit in die Bundesrepublik. Verspüren sie einen ernsthaften Druck der Bundesrepublik auf das Ulbricht-Regime, auf die Sowjetunion und auf die anderen Großmächte zur Überwindung der deutschen Spaltung, wird auch der Flüchtlingsstrom der Hoffnungslosen nachlassen und die Appelle zum Aushalten werden eine reale Grundlage erhalten.

Vieles bleibt im Halbdunkel

mu - Kiel

Nach siebenwöchigen Ermittlungen hat der Oberstaatsanwalt in Flensburg das Verfahren gegen den Bürgermeister von Westerland, den BHE-Landtagsabgeordneten und früheren SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Reinefarth, eingestellt. Der Staatsanwalt ist - wie es in der Urteilsbegründung heißt - zu der Auffassung gekommen, daß nichts gefunden wurde, "was den Verdacht einer strafbaren Handlung hätte begründen können".

Völlig unabhängig von dem Ausgang des Ermittlungsverfahrens bleibt aber die Tatsache bestehen, daß es für einen ehemaligen SS-Gruppenführer heute in keiner deutschen Landesparlament einen Platz geben sollte. Wenn Reinefarth selbst für politische Labbestände ein Gefühl gehabt hätte, wäre er nicht als Kandidat für den BHE in Schleswig-Holstein in den Wahlkampf gezogen und hätte es abgelehnt, auf der Landesliste dieser Partei zu kandidieren, durch die er jetzt in den Kieler Landtag gekommen ist.

Der Ausgangspunkt der Ermittlungen gegen Reinefarth waren Vorwürfe, die der Freiburger Universitätsprofessor Thieme in einer Leserschrift an den "Spiegel" erhoben hatte. Demnach hat Reinefarth zu Thieme, der sich vom 7. bis 13. August 1944 bei der grauenhaften Unterschlagung des Warschauer Aufstandes dort aufhielt, gesagt, er, Reinefarth, habe nicht soviel Munition, um alle Zivilisten umzulegen. Auf diese Aussage hat Thieme dem Flensburger Oberstaatsanwalt gegenüber bestanden und Reinefarth hat das bestritten. Wie der BHE-Politiker aber zu diesem Sachverhalt steht, sagte er einige Tage vor der Landtagswahl in einer Kieler Wahlkundgebung: "Und wenn ich damals gesagt habe, wir könnten die Leute mangels Munition nicht umlegen, war das schon strafrechtlich?... Die Leute sind ja nicht umgelegt worden!"

So ist es denn nicht verwunderlich, daß die Wahl von Reinefarth in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eine neue Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen bedeutet. Sehr heftig hat bereits die polnische Zeitung "Trybuna Ludu" seine Meinung dazu gesagt: "Provokation - anders kann man die Wahl des Henkers und Zerstörers Warschau, des berüchtigten SS-Generals Heinz Reinefarth in den Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht bezeichnen. Er wurde auf der Liste des BHE gewählt, der zwar die Mehrheit seiner früheren Mandate verlor, aber den hitlerischen Menschenhater doch durchbrachte..."

Kluge Kommentatoren haben bereits geäußert, daß die neu zu schaffende Zentralstelle zur Sammlung von Materialien über ehemalige Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Stuttgart auch lückenlose Unterlagen zum Fall Reinefarth zusammenstellen sollte. Aber diese Zentralstelle der Länder-Justizministerien soll nur sammeln aber nicht ermitteln und Anklagen vorbereiten. So also fällt die letzte Verantwortung für den Ausgang der eingestellten Ermittlungen auf den Flensburger Oberstaatsanwalt zurück.

Und diese Ermittlungen - das muß recht bitter festgestellt werden - sind unbefriedigend geführt worden. Sie haben weder Reinefarth voll entlasten noch Klarheit über die Verantwortlichen bei der unmenschlichen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes schaffen können. Zu vieles ist im Halbdunkel geblieben.

Es scheint festzustehen, daß Reinefarth in den ersten vier Tagen des

15. Oktober 1958

Aufstandes bis zum 5 August 1944, als schwere Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden, noch nicht in Warschau war. Während dieser Zeit aber hat der SS-General Dirlwanger mit der berüchtigten Kampfgruppe Kaminski den Aufstand niedergeschlagen. Kaminski ist wegen der begangenen Grausamkeiten damals erschossen worden. Aber der Flensburger Oberstaatsanwalt hielt es für unerheblich, nach dem Aufenthaltsort von Dirlwanger zu fahnden. Auch wenn von beiden Seiten damals Verstöße gegen das Kriegsrecht erfolgt sind, so bedeutet das doch für die westdeutsche Justiz nicht, nach den Verantwortlichen hier zu fahnden.

Nach dem 5.8.1944 seien dann nur noch Übergriffe vorgekommen, die "sporadischen Charakter" gehabt hätten, stellt der Flensburger Staatsanwalt weiter fest. Er läßt aber offen, wer dafür verantwortlich war. Schließlich hat der Vorgesetzte von Reinefarth, der damalige Generalleutnant und SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski, bereits am 28. Januar 1946 eidesstattlich in Nürnberg dem polnischen Staatsanwalt Dr. Jersey ins Protokoll gegeben: "Rimmler, der bei Ausbruch des Aufstandes in Posen weilte, hat den SS-Gruppenführer und General der Polizei, Reinefarth, mit Polizei und SS-Einheiten nach Warschau geschickt. Reinefarth unterstand auch die Brigade Dirlwanger".

Als die Journalisten in der Pressekonferenz in Kiel die Beamten des Justizministeriums fragten, ob sich die staatsanwaltlichen Ermittlungen auch auf das Inbrandsetzen der Kirche zum Schluß des Aufstandes erstreckt hätten, und auf die Verantwortung für das vorherige Hineintreiben von Frauen und Kindern in das Gotteshaus, kam die Antwort, darüber sei der Staatsanwaltschaft nichts bekannt. Es ist aber urkundlich nachweisbar, daß dies einer der grausamsten Höhepunkte in Warschau im Spätsommer 1944 war. Auch hier ist nicht geprüft worden, wer für diese offensichtlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Verantwortung zu tragen hat, wenn es Reinefarth nicht ist.

Die Flensburger Staatsanwaltschaft hat das Buch "The Secret Army" des polnischen Generals Komorowski ausgewertet, der seinerzeit unter dem Decknamen Bor den Warschauer Aufstand führte. Daraus hat der Oberstaatsanwalt eine Entlastung von Reinefarth gefolgert. In der schriftlichen Einstellungsverfügung ist aber nicht die Rede von den Darstellungen des General Hauser, der ausdrücklich die Beteiligung von Reinefarth an der Niederschlagung des Aufstandes erwähnt.

Die Staatsanwaltschaft hat weiterhin keine Warschauer Bürger vernommen und auch nicht die Identität der Fotokopier, die der ostpreussische Filmjournalist Thorndike an westdeutsche Stellen geschickt hatte, mit den zum Teil in Warschau lagernden Originalen prüfen lassen. Sie meint, daß einige Fotokopien von gefälschten Originalen stammen, geht aber davon aus, daß auch, wenn die "zum Teil stark belastenden" Originale richtig wären, gegen Reinefarth kein Vorwurf erhoben werden könnte. Sie stützt seine Entlastung aber andererseits auf ein "zufällig erhaltenes" Original, in dem Reinefarth am Abend des 5.8.1944 auf ein "bestehendes Flüchtigkeitsverbot" hinweist.

Wäre es nicht besser gewesen, im Interesse des gutnachbarlichen Verhältnisses zu Polen und der gründlichen Aufklärung des hochpolitischen Falles Reinefarth über die polnische Militärmission in Potsdam die Kontakte nach Warschau aufzunehmen? Und letztlich - würden nicht alle diese Dinge zur Entspannung zwischen dem deutschen und polnischen Volke beitragen können, wenn die Bundesrepublik in Warschau eine diplomatische Vertretung hätte und auf diesem Wege eine Aufklärung von Verbrechen versucht würde, die ja durch den Einmarsch der Wehrmacht auf Hitlers Befehl in Polen und den Angriff gegen Sowjetrußland ausgelöst worden sind.

Auflösungserscheinung bei der DP

W.P. - Trotz der Entrüstung, mit der die Deutsche Partei sich über eine "rücksichtslose Karpagne für das Zweiparteien-System" beschwerte, welche die Wahlaussichten der DP bei den noch bevorstehenden Landtagswahlen schmälern sollte, dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß das Ende der Existenz dieser Partei auf Bundesebene bevorsteht. Vermochte diese Partei ihre Stellung im Bundestag ohnehin nur dem Wohlwollen und den Plänen der CDU/CSU zu verdanken - nur 3,5% der Stimmen wurden bei der letzten Bundestagswahl für sie abgegeben -, so droht nunmehr ein Auseinanderbrechen der 15-köpfigen Bundestagsfraktion, aus der erst kürzlich die Abgeordneten Eisermann und Elbrächter zur FDP bzw. zur CDU abwanderten. Mit dem Ausscheiden von wenigstens zwei weiteren Abgeordneten wird in nächster Zeit gerechnet, womit die DP ihren Fraktionsstatus und damit ihren letzten Halt verlieren wird. Denn in den Landesverbänden der DP, außer Niedersachsen, war kaum noch eine Aktivität sichtbar; selbst im niedersächsischen Kutterland herrscht eine besonders für den dort beheimateten und beamteten Parteivorsitzenden eine peinliche Stagnation, die zu - allerdings bisher stets dementierten - Fusionsgerüchten mit der CDU Anlaß gab.

Jetzt wird bekannt, daß der frühere Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Prof. Brühler, seinen Übertritt zur CDU vollzogen hat, weil er seiner Partei keine Zukunftsbedeutung mehr beimißt. Er ist stets ein Vertreter jener nationalistischen Richtung in der DP gewesen, die die Anhänger der Demokratie in unserem Lande oftmals besorgt machte. Man erinnere sich nur des Vortrages, den Brühler im vergangenen Jahr aus Anlaß des Reichsgründungstages in Anwesenheit Prinz Oskar von Preußens vor der "Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchistischen Gedankens" hielt, an seine Rede vor der "Notgemeinschaft ehemaliger Besatzungsinternierter" und an seine Tätigkeit in fragwürdigen nationalistischen Kreisen Südwestdeutschlands. Mancher sozialdemokratische Abgeordnete denkt auch an den Zuruf Brühlers anläßlich einer Debatte: "Es soll endlich einmal Kommis kommen - das tut Ihnen gut!", mit dem im Jahre 1956 seine politische Gesinnung zum Ausdruck

kau. Der Mann ist zur CDU gegangen.

Diesen Weg gingen in der letzten Zeit bereits zahlreiche andere DP-Funktionäre, die ihrer Partei keine Zukunft mehr geben. Es sei erinnert an Staatssekretär Sonnemann, an Brühlers damaligen Fraktionskollegen Müller, der "zutiefst enttäuscht" war von der widerspruchsvollen Haltung einer sich "christlich-konservativ" nennenden Partei, an die Austritte der Vorstandsmitglieder in Itzehoe, Steinburg, Wetzlar, Rotenburg, Dillenburg, Darmstadt usw.. Man hörte von Austritten von Funktionären in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, es gab Fusionsgerüchte in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und in Bonn.

Ohne Frage wird sich die CDU mit der Aufnahme extrem-konservativer Elemente aus der DP vor ein ernstes Problem gestellt sehen. Es gibt Kreise darunter, deren politische Überzeugung mit der in der CDU nicht ohne weiteres übereinstimmen dürfte. Schließlich gibt es neben Prof. Brühler andere - zum Teil prominentere - Persönlichkeiten, die offen ein Bekenntnis zur Monarchie abgelegt haben. Ganz abgesehen davon, daß die Vertreter der DP bei der Gründung der Bundesrepublik gegen das Grundgesetz ihre Stimme abgaben.

Obwohl die mit Parteifinanzierung befaßte "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V." der "Deutschen Partei" bereits vor einiger Zeit nahegelegt haben soll, angesichts der Tendenz zum Zweiparteien-System in größere Parteien aufzugehen und ihre Selbständigkeit gegebenenfalls nur in Niedersachsen beizubehalten, ist die CDU/CSU zunächst aber an dem Fortbestehen eines Satelliten interessiert, der das Abwandern von DP-Wählern zur FDP verhindert und ihr nicht so sehr das Odium der Alleinherrechaft verleiht. Tatsächlich zeigen Beispiele, wie das des MdB Eisenmann, daß es auch Kreise in der DP gibt, die sich nicht als Anhängsel der allmächtigen CDU/CSU betrachten. Der Parteivorsitzende Hellwege selbst hat gelegentlich Beweise seines Willens zur politischen Selbständigkeit gegeben. Er hat jedoch weder die Kraft noch die Macht mehr, sich im Kreise seiner auf die CDU eingeschworenen Parteifreunde in der Bundestagefraktion durchzusetzen. So wird sich das Schicksal der Deutschen Partei ebenso erfüllen wie das des seiner Auflösung entgegengehenden "Gesamtdeutschen Blocks/BHE".

* * *

Wetterleuchten über Nordafrika

Von Jockel Fuchs, MdL, Mainz

Tunis liegt sozusagen vor der Haustür Europas. Mit den modernen Verkehrsmitteln in wenigen Stunden von allen europäischen Hauptstädten aus erreichbar. Der tunesische Staatspräsident Habib Bourguiba hat über die besondere geographische Lage seines Landes geschrieben: "Die Vorsehung hat Tunesien an einem bevorzugten Orte geschaffen, nämlich im Herzen jenes Meeres, an dem sich die Kulturen genährt haben. Von dem Balkon des Maghreb aus blickt Tunesien nach Europa und nach dem Orient. Seine gastfreundliche Küste nimmt die Menschen und die Ideen auf, die von den beiden Ufern kommen. Aber Tunesien ist auch ein Darm, der in das Mittelmeer hinausragt, wenn der Sturm der Menschen es bewegt.

Trotzdem wissen wir in Europa nur wenig über die wahren Vorgänge in Nordafrika, über die bewegenden geistigen Kräfte, über das Wohler und Wohin der Völker. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik war in den vergangenen Jahren weitgehend auf die Informationen angewiesen, die aus französischen Quellen in Algier oder Paris stammen.

Um an Ort und Stelle eigene Erfahrungen sammeln zu können, um sich aus eigener Anschauung ein Bild von den wahren Verhältnissen "auf der anderen Seite" Algeriens machen zu können, schickten die Jungsozialisten Deutschlands eine Delegation junger Parlamentarier nach Tunesien und in die von der algerischen Armee beherrschten Teile Algeriens. Während ihres 14-tägigen Aufenthaltes wurde die Delegation überaus herzlich sowohl von den tunesischen Behörden als auch von den führenden Persönlichkeiten der algerischen Freiheitsbewegung (FLN) und der algerischen Exilregierung aufgenommen. (Bilder können beim Verfasser des Artikels angefordert werden).

Von Bengasi bis Casablanca

Alljährlich am 27. September feiert die muslimische Welt das Fest der Geburt Mohammeds. Es mag in seiner Bedeutung dem christlichen Weihnachtsfest entsprechen. In diesem Jahr fanden in der heiligen Stadt des Maghreb, in Kairuan, besonders große Feierlichkeiten in Anwesenheit des tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba statt. Die Bevölkerung Süd- und Mitteltunesiens war an diesem Tag zu Zehntausenden in die heilige Stadt geeilt, die für den fremden Besucher ein faszinierendes Bild orientalischer Pracht und Farbenfreudigkeit bot. Zahlreiche Fahnen schmückten die Straßen. Nirgends fehlte neben den tunesischen Nationalfarben diejenigen des freien Algeriens. In den meisten Fällen wehten vier Fahnen einträchtig nebeneinander: die marokkanische, die algerische, die tunesische und die libysche. Symbol für den Maghreb, der das politische Ziel der nordafrikanischen Völker geworden ist. Maghreb, das bedeutet im Arabischen soviel wie der "Ferne Westen". So bezeichneten die Araber einst diejenigen Gebietsteile in Nordafrika, die sie von Arabien aus erobert hatten. Der Maghreb hat eine Art heilige Bedeutung in der heutigen Umgangssprache erlangt. Nordafrika gehört zusammen - von Bengasi bis nach Casablanca.

Von Bengasi nur? Und Kairo? Der Wegweiser am Ausgang der Hauptstadt Tunis zeigt bis zur ägyptischen Hauptstadt etwas über dreitausend Kilometer an. Ein weiter Weg. In der Tat ist der Einfluß des ägyptischen Staatschefs Nasser in Tunis nicht so zu spüren wie etwa in den arabischen Ländern Vorderasiens. Nasser-Bilder sind eine Seltenheit. Und der Maghreb ist ohne Zweifel ein Gegengewicht gegen einen all-arabischen Staat unter ägyptischer Führung. Das soll nicht heißen, daß Nasser nicht auch in Nordafrika eine bedeutende Rolle spielt. In Tunis werden ebenso wie in Bagdad die Sendungen des ägyptischen Rundfunks gehört. Ein führender Sprecher der algerischen Freiheitsbewegung sagte uns, daß Nasser ein ungeheures Verdienst innerhalb der arabischen Welt zukomme: er habe den Arabern wieder ein Selbstbewußtsein gegeben. Ihm sei es zu verdanken, daß die arabischen Völker wieder zu einem politischen Eigenbewußtsein erwacht seien. Ohne das Wirken des ägyptischen Staatschefs wäre der Drang der nordafrikanischen Völker zu Freiheit und Unabhängigkeit und zu gesellschaftlichen Veränderungen nicht denkbar. Aus vielen Gesprächen mit tunesischen und algerischen Politikern könnte man die Folgerung ziehen: Mit Nasser für die vollständige Unabhängigkeit Nordafrikas, mit dem Maghreb gegen die politische Vorherrschaft Nassers in Nordafrika. Eine an sich paradoxe Gegenüberstellung, die aber nur aus der Zwangslage zu verstehen ist, in die die Völker Nordafrikas durch die Politik Frankreichs und der meisten westlichen Länder geraten sind.

Arabische Solidarität

Auf dem Höhepunkt der Feierlichkeiten in der heiligen Stadt Kairuan stellte der tunesische Staatspräsident Burgiba in einer Rede noch einmal unmißverständlich fest, daß Tunesien in voller Solidarität hinter dem Freiheitskampf des algerischen Volkes stehe und daß es nicht eher zum Frieden in Nordafrika kommen werde, bis Algerien seine Unabhängigkeit erreicht habe. Der Kampf des algerischen Volkes um seine Unabhängigkeit ist in der Tat zu einer Sache aller nordafrikanischen Völker geworden. Diese Solidarität reicht über Kairo bis weit nach dem Mittleren Osten, bis nach Kuwait hinein. Die französische Politik hat hier etwas erreicht, was seit Jahrhunderten nicht mehr möglich war: nämlich die Gemeinsamkeit aller Araber für ein bestimmtes Ziel. Mögen innere Meinungsverschiedenheiten unter den arabischen Völkern herrschen, in der Ablehnung der westlichen Kolonialpolitik sind sie sich einig. Wehe dem arabischen Politiker, der gegen diese "heilige Allianz" verstößt. Er wäre auf die Dauer nicht haltbar. Selbst der tunesische Staatspräsident Burgiba, dessen Stellung als Führer des Landes unumstritten ist, wäre bei dem leisesten Versuch, den algerischen Freiheitskampf zu bremsen, gefährdet.

Der Maghreb, die enge Zusammenarbeit zwischen Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko, wobei die staatsrechtliche Grundlage noch umstritten ist, wird gleichermaßen von den Tunesiern und Algeriern angestrebt. Schon jetzt ist die gemeinsame Ausrichtung der Außenpolitik vereinbart. Diese Aufgabe obliegt dem ständigen Büro des Maghreb, das abwechselnd in den verschiedenen Städten Nordafrikas zusammenkommt. Der endgültigen Bildung des Maghreb steht allerdings noch der Krieg in Algerien im Wege.

Diesen Krieg bald zu beenden ist das gemeinsame Ziel. Allerdings unter einer Voraussetzung: daß Algerien seine Unabhängigkeit erhält.

Gespräch mit algerischen Ministern

In einem einfachen Raum in einem unscheinbaren Haus der tunesischen Hauptstadt sitzen wir dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der algerischen provisorischen Regierung und gleichzeitigen Minister für die bewaffneten Streitkräfte, Belkacem Krim, gegenüber. Belkacem Krim gilt als einer der führenden Männer der algerischen Freiheitsbewegung. Manche Gesprächspartner bezeichnen ihn als den augenblicklich stärksten Mann. Ihm zur Seite sitzt der Minister für Bewaffnung und Versorgung, Mahmoud Cherif. Beide sind verhältnismäßig jung, wie fast alle führenden Algerier. Belkacem Krim ist 38 Jahre alt. Er wurde von französischen Gerichten zweimal, 1949 und 1950, zum Tode verurteilt. Der 43-jährige Cherif nahm als einer der jüngsten französischen Offiziere am Weltkrieg von 1939 bis 1945 teil. Einige Monate war er als französischer Besatzungsoffizier in Deutschland. Der französischen Armee kehrte er in dem Augenblick den Rücken, als in den Maitagen des Jahres 1945 die Franzosen in Algerien tausende von Algeriern umbrachten, nur weil sie die Einlösung des im Kriege gegebenen Versprechens der Unabhängigkeit forderten.

Belkacem Krim spricht langsam, zurückhaltend und erst nach einiger Überlegung. Zunächst bringt er seine Bewunderung für das deutsche Volk zum Ausdruck. Jene Bewunderung und Anhänglichkeit, die uns auf Schritt und Tritt während unseres Aufenthaltes begegnet. Der tunesische Informationsminister unterstrich diese Hoffnung auf die Deutschen mit folgendem Satz am Ende einer langen Unterhaltung: "Unsere ganze Hoffnung setzen wir auf die Deutschen. Wenn sie uns auch enttäuschen, dann bedeutet das für uns die Katastrophe". Wobei die Politiker Tunesiens und Algeriens unter "Enttäuschung" das Versagen Europas im Wettlauf mit der östlichen Welt auf nordafrikanischem Boden verstehen. Da Frankreich zur Zeit in dieser Aufgabenstellung versage, müsse das deutsche Volk, dessen Ansehen in Nordafrika ungeschmälert sei, diese Aufgabe sowohl im Interesse Europas als auch Nordafrikas übernehmen. Doch auf dieses Thema wird noch an anderer Stelle einzugehen sein.

Europäisch-afrikanische Zusammenarbeit

Belkacem Krim ist beseelt von dem Gedanken der europäisch-afrikanischen Gemeinschaft und Zusammenarbeit. Unter der Voraussetzung der gegenseitigen Achtung, der Gleichberechtigung und der Achtung der Menschenwürde. Erst die Unabhängigkeit Algeriens mache den Weg frei für diese Zusammenarbeit. Hierin liege die einzige Chance sowohl Europas als auch Afrikas. Sie verspielen bedeute die Katastrophe, um noch einmal den tunesischen Informationsminister zu zitieren.

Belkacem Krim bedauert die Notwendigkeit, einen blutigen Krieg für die Unabhängigkeit seines Landes führen zu müssen. Das Verhalten der Franzosen lasse allerdings keine andere Möglichkeit offen. Zu oft seien Versprechen nicht eingehalten worden. Die größte Enttäuschung bereitet ihm das Verhalten Guy Mollets. "Sagen Sie ehrlich, ist Guy Mollet Sozialist oder nicht" stellt er an uns die Frage. "Über seine Reformpläne waren wir bereit zu verhandeln. Im Hagel einiger fauler Tomaten sind diese Pläne aber untergegangen, und die Folge war ein verschärfter Krieg."

Dann stellen wir an die beiden algerischen Minister Fragen. Wir weisen sie auf die nachteiligen Folgen der algerischen Attentate in Frank-

15. Oktober 1953

reich hin. "Unser Vorgehen in Frankreich ist keine moralische, sondern ausschließlich eine politische Frage" antwortet Belkacem Krim. "Hat die französische Widerstandsbewegung während des Krieges, von der wir viel gelernt haben, etwa anders gehandelt?" Enttäuscht sind beide Minister von der Reaktion der Bundesregierung gegenüber der Bildung einer algerischen Exilregierung. Die Bundesregierung sei in ihren ablehnenden Äußerungen von allen westlichen Regierungen am weitesten gegangen. Noch viel weiter als etwa die Vereinigten Staaten. Aus falscher Rücksichtnahme gegenüber Frankreich verspiele die Bundesrepublik die Möglichkeit ihrer großen Einflußnahme in Nordafrika. Schließlich nehme doch Frankreich gegenüber dem deutschen Volk auch keine Rücksicht. Als Beispiel nannten die Minister die französische Propaganda in Nordafrika, wonach die Greuelthaten in Algerien nicht von französischen Truppen, sondern von deutschen Freidenkern begangen würden.

Wir bitten unsere Gesprächspartner bei ihren Überlegungen auch die besondere Lage des zweitgeteilten Deutschland zu berücksichtigen. Für uns nicht annehmbar wäre eine eventuelle Anerkennung Pankows durch die algerische Exilregierung. Sie könnten doch nicht mit denjenigen freundschaftliche Beziehungen aufnehmen, die einen Teil des deutschen Volkes rücksichtslos unterdrücken. Diese Argumente verfehlen ihren Eindruck nicht. Belkacem Krim bringt zum Schluß die besten Wünsche für die baldige Wiedervereinigung Deutschlands zum Ausdruck. Und zum Abschied die Mahnung: "Wir brauchen nicht nur Sympathien, sondern auch wirksame Hilfe".

Die Hoffnung auf die Deutschen

Von Tunis aus geht die Fahrt quer durch Mittelunesien. Heiß brennt die Sonne, von der Sahara her weht der feucht-heiße Schirokko, der fast jede Initiative lähmt. Unser algerischer Fahrer legt ein rasantes Tempo vor, von Zeit zu Zeit abgestoppt durch Kameel- und Schafherden und durch unsere Mahnung, doch daran zu denken, daß wir wieder mit heißen Knochen nach Europa zurückkehren möchten. Der junge, tatendurstige Bursche zeigt lachend seine Zähne: "Zuerst muß der Krieg zu Ende sein - dann können wir wieder langsamer fahren". Weite Teile Mittelunesiens liegen brach, weil die notwendigen Bewässerungsanlagen fehlen. Die tunesische Regierung macht große Anstrengungen, die Nutzbarmachung des Landes voranzutreiben. Dazu braucht sie ausländische Hilfe. Sie will neue Industrien aufbauen. Auch dazu wird ausländische Hilfe benötigt. Deutsche Techniker, Facharbeiter, Ingenieure und deutsches Kapital werden sehnsüchtig erwartet.

Diese Hoffnung auf die Deutschen, wird sie wohl je erfüllt werden können? Afrika ist heiß und Bonn liegt weit. Die Tunesier werden nicht müde, auf einige schlechte Erfahrungen hinzuweisen. Da ist zunächst das merkwürdige Spiel um die Telefunken-Funkgeräte, die auf Einspruch Frankreichs nicht geliefert wurden. Inzwischen wurde zwar die Lieferung zugesagt, aber die Geräte sind noch immer nicht eingetroffen. In den letzten Septembertagen ist ein deutsches Schiff in den Hafen von Tunis eingelaufen. Es war von Tunesien geschartert worden und sollte die deutsche Flagge mit der tunesischen wechseln. Wiederum Einspruch der französischen Regierung in Bonn, große Aufregung bei der deutschen Botschaft in Tunis. Wörtlich fünf Minuten vor dem vorgesehenen feierlichen Flaggenwechsel, als sich hohe Vertreter der tunesischen Regierung bereits am Kai eingefunden hatten, wurde der Flaggenwechsel auf Bonner Geheiß untersagt. Frankreich beruft sich dabei auf einen Schiffsverkehrsvertrag, der noch aus der Zeit vor der tunesischen Unabhängigkeit datiert.

Was soll das? fragt man uns bei der tunesischen Regierung. Wenn die Bundesrepublik ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Tunesien von dem jeweiligen Ja oder Nein der französischen Regierung abhängig macht, dann werden wir uns künftig an andere Länder wenden. Uns wundert diese Bonner Haltung nicht. Sind doch alle diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Nordafrika angewiesen worden, nichts zu tun, was den französischen Partner verstimmen könnte. Unsere Delegation ist nicht nach Tunesien und Algerien aus Feindschaft gegenüber Frankreich gereist. Wenn aber Frankreich die Konsequenzen der Entwicklung in Nordafrika nicht erkennen will, dann muß die Bundesregierung in aller Freundschaft Frankreich auf einige Notwendigkeiten hinweisen. Am Schluß könnten sonst beide Länder das Spiel in Nordafrika verloren haben.

Bei den algerischen Flüchtlingen

In der Nähe der algerischen Grenze biegt unser Wagen von der Hauptstraße ab. Unser Besuch gilt einem der zahlreichen algerischen Flüchtlingslager. Auf einer weiten Ebene stehen die Zelte. Kein Baum, kein Strauch bietet Schutz vor der Sonne. Ein Blick in die sogenannte Sanitätsstube am Eingang des Lagers gibt uns einen Vorgeschmack von der menschlichen Not, die hier herrscht. Da sitzen die abgemagerten Frauen mit ihren kranken Kindern und erwarten Hilfe von einem Sanitäter, der selbst nicht über viel Möglichkeiten verfügt. Von Zeit zu Zeit besucht auch ein Arzt das Lager. Aber die Krankheiten gehen un-, Kinder erblinden, die geschwächten Körper können einer schweren Erkrankung nicht mehr widerstehen. Es fehlt an den notwendigsten Einrichtungen und an Medikamenten. Es fällt schwer, den hilfessuchenden Blicken standzuhalten. Unser eifriger algerischer Begleiter, der selbst acht Jahre in Deutschland gelobt hat und die deutsche Sprache gut beherrscht, wendet sich ab. Mohammed stehen die Tränen in den Augen. "Warum das alles", so bricht es aus ihm heraus. "Wir werden nicht mehr ruhen, bis wir frei sind."

Ja, warum das alles? Hunderttausende algerischer Flüchtlinge befinden sich in Tunesien und Marokko. In Tunesien allein sind es über hunderttausend bei einer Einwohnerzahl von knapp vier Millionen. Und die Zahl nimmt von Tag zu Tag zu. Familien werden auseinandergerissen, Kinder verlieren ihre Eltern, Frauen ihre Männer. Ihre Dörfer haben sie verlassen, ihren Boden aufgegeben. Warum?

Sie fragen, soviel wir nur können, Männer, Frauen und Kinder. Bei einigen liegt das algerische Heimatdorf gleich jenseits der Grenze, andere sind weit aus dem Süden oder dem Innern Algeriens gekommen. Frankreich hat zwischen Tunesien und Algerien ein "Wüstenland" geschaffen, in einer Länge von rund 400 Kilometern und einer Tiefe von 30 bis 50 Kilometern. In diesem Raum lebten über 300 000 Algerier. Sie sind jetzt Freiwillig. In dieser Zone herrscht erbarmungslos die Feitschaft des Militärs. Wer in der "verbotenen Zone" bleibt, kann nur noch den grausamen Tod erwarten.

Menschliche Qualen

Die Schilderungen der Flüchtlinge klingen hart, erbittert, unbefriedigt. Zum Teil mögen sie für europäische Ohren ungläublich erscheinen. Gibt es wirklich diese Grausamkeiten, diese menschliche Mordtaten, die Hunderttausende veranlassen, ihre Heimat zu verlassen? Wir können die Tatsachen nicht nachprüfen. Wir haben aber auch keinen Grund, diesen Flüchtlingen nicht zu glauben. Es gibt ja auch genügend französische Zeugen, die von diesen Grausamkeiten berichtet haben. Strafaktionen nennt diese Unternehmungen die französische Armee in Algerien, bei denen nach den Berichten der Flüchtlinge ganze Dörfer, ja ganze Gebiete ausgerottet werden.

Dasselbe hatten uns bereits die algerischen Waisenkinder berichtet, die am Stadtrand von Tunis in einer Kinderheim der algerischen Gewerkschaft ein neues Zuhause gefunden haben. 20 von über zweitausend algerischen Kindern in Tunesien, die ihre Eltern durch den Krieg verloren haben. Steckend, mit laiser Stimme, erzählt ein 14-jähriger Junge seine Flucht aus der Heimat. Nach seinen Angaben sind nur wenige Bewohner seines Dorfes übriggeblieben, als eines Tages französische Soldaten das Dorf umstellten, die Bewohner teilweise zusammengetrieben und erschossen haben. Darunter auch seine Eltern. Der Junge gelang dann die Flucht zu Einheiten der algerischen Armee, die ihn nach Tunesien weiterleiteten. Ähnliche Berichte gäben noch zahlreiche andere Waisenkinder. Alles nur jugendliche Phantasie?

Die Verpflegung der Flüchtlinge ist mehr als dürftig. Die offizielle Zuteilung beträgt für acht Tage in der Regai vier Pfund Getreide. Sonst nichts. Manchmal fließt die Zuteilung auch am Tage aus. Sie hausen auf blanken Böden in überfüllten Zelten, für den Winter sind keine Decken vorhanden. An eis können die Flüchtlinge in Tunesien nicht finden, in einem Land, das selbst erst dabei ist, seine Wirtschaft aufzubauen, neue Industrien einzurichten und in dem viele eigene Industrielle noch keinen festen Arbeitsplatz haben. Von Verzweiflung ist trotzdem wenig zu spüren. Sie leben von der Hoffnung auf die baldige Rückkehr nach Algerien. Einmal muss doch dieser verdamnte Krieg zu Ende sein. Für diese Zukunft in einem freien Algerien bereiten sie sich vor.

Für die Zukunft

In jedem Lager dient ein Teil zur Abhaltung von Unterricht für die Kinder. Einer der älteren Flüchtlinge übernimmt die Aufgaben eines Lehrers. Auch in der Ferne führen sie ihre muselmanische Schule durch.

Stundenlang lernen die Kinder aus dem Koran, wobei sie gleichzeitig etwas von der arabischen Sprache lernen. Diese Verbindung von Koran und Alltag, von Koran und Gemeinschaftsleben, konnten wir bei allen Gelegenheiten feststellen. Ohne den Islam ist auch das heutige Nordafrika nicht zu verstehen. Selbst in der algerischen Armee spielt der Koran eine wichtige Rolle. Vom Koran wird alles abgeleitet, was die Menschen bewegt und was ihnen Hoffnung geben soll, auch die Notwendigkeit des Kampfes der algerischen Freiheitsbewegung. Ein algerischer Taxifahrer in der Stadt Tunis brachte diese Gegebenheit sinnfällig zum Ausdruck, als er am Schluß einer Fahrt durch die Stadt sagte: "Ich glaube an Gott und die algerische Armee, deshalb wird Algerien frei werden."

Das Deutsche Rote Kreuz schweigt

Im November 1956 hat sich das Präsidium des algerischen roten Halbmondes an die nationalen Organisationen des Roten Kreuzes in aller Welt mit der Bitte um Hilfe gewandt. Auch an das westdeutsche Rote Kreuz. Während von überall her Hilfslieferungen einsetzten, selbst aus den Vereinigten Staaten, hat das westdeutsche Rote Kreuz noch nicht einmal geantwortet. Das Rote Kreuz der Sowjetzone über schlägt sich geradezu mit Sendungen an Medikamenten und Krankenwagen. Wird bei uns die Menschlichkeit und die Hilfsbereitschaft für unverschuldet in Not geratene Menschen nach politischen Maßstäben gemessen? Bitter klingen die Worte, die der Präsident des algerischen Halbmondes über die mangelnde Hilfsbereitschaft des westdeutschen Roten Kreuzes findet. Er ist ein alter Freund und Bewunderer der Deutschen. Daß sie aber bei dieser humanitären Aufgabenstellung so jämmerlich versagen, kann er nicht verstehen. Wir weisen auf die eigenen Flüchtlinge in der Bundesrepublik hin, die uns selbst vor schwierige Aufgaben stellen. Doch es nutzt nicht sehr viel. "Für die ungarischen Flüchtlinge hat sich die ganze Welt mit Recht eingesetzt. Das deutsche Rote Kreuz hat dabei kräftig mitgeholfen. Warum aber werden die algerischen Flüchtlinge anders behandelt? Etwa, weil es unnütze Araber sind, oder weil sie keine Christen sind? Von Minute zu Minute wurde das Gespräch für uns peinlicher. Was soll man da antworten? Etwa mit dem Hinweis, daß Flüchtlinge einer kommunistischen Unterdrückung etwa anders sein sollen als die Flüchtlinge, die dem Terror einer demokratischen europäischen Armee entkommen?"

Die Situation wird in dem Augenblick wieder etwas erträglicher, als wir im Namen der Jungsozialisten Deutschlands dem Präsidenten des algerischen Halbmondes eine Sendung von Medikamenten und Verbandsmaterial überreichen. Es kann nur eine symbolische Geste sein. Trotzdem treten unserem Gesprächspartner die Tränen in die Augen. "Ich danke Euch herzlich. Wir nehmen es als Zeichen dafür, daß uns das deutsche Volk in unserer Not nicht vergessen hat".

Desertierte Fremdenlegionäre

Das Kapitel Fremdenlegionäre spielt auch in Algerien wie bei allen französischen Kolonialkriegen nach dem Zweiten Weltkrieg eine traurige Rolle. Es bleibt eine Schande für die Mitte des 20. Jahrhunderts, daß junge, gestrauchelte oder abenteuerlustige Menschen gekauft und als Söldner in einem Krieg ohne Pardon eingesetzt werden. Für was kämpfen die deutschen Fremdenlegionäre, die immer noch den größten Anteil der französischen Fremdenlegion stellen, in Algerien? Die Zahl der Überläufer nimmt zu. Von Anfang an hat sich die algerische Armee bereit erklärt, desertierte Fremdenlegionäre ohne Schwierigkeiten in die Heimat zurückzuschicken. In der ersten Zeit haben die Algerier sogar den Heimtransport nach Deutschland finanziert. Noch heute statten sie die deutschen Legionäre mit neuer Zivilkleidung aus und drücken ihnen für die Heimreise hundert Mark in die Hand.

Für die deutschen Vertretungen in Nordafrika besteht weder offiziell die algerische Armee noch die FIV. Deshalb sind bis heute noch keine offiziellen Verhandlungen mit algerischen Vertretern über den Heimtransport deutscher Fremdenlegionäre geführt worden. "Wir bauen darauf, daß die deutsche Jugend immer mehr erkennt, wie sinnlos der Dienst in der Fremdenlegion ist. Allerdings müssen wir von den deutschen Behörden erwarten, daß zurückgeführte Fremdenlegionäre nicht wieder eines Tages auf der Gegenseite auftauchen". Wiese überhaupt die ansehnliche Zahl deutscher Legionäre laufend über die deutsch-französische Grenze geschmuggelt werden kann, bleibt den Algeriern unverständlich. Seit der Aufnahme ihrer Mission in Tunis sorgt die örtliche deutsche Botschaft für den baldigen Rücktransport ihr überstellter Legionäre.

Mit Jeep und Waffen

Uns gegenüber sitzen sieben desertierte deutsche Fremdenlegionäre, die gerade in diesen Tagen zur algerischen Armee übergelaufen waren. Mit Jeep und voller Ausrüstung. Einer von ihnen dient schon fünf Jahre in der Legion, andere sind erst vor wenigen Monaten eingetreten. Warum sie übergelaufen sind? Hier eine typische Antwort: "Weil die Moral dort nicht mehr auszuhalten ist. Die Ungerechtigkeit ist viel zu groß. Der Franzose erlaubt zuviel Menschenschlächterei". Drei der sieben Legionäre wollen gern bei der algerischen Armee bleiben. Ihre Meinung von dieser Armee ist sehr hoch. Im Infanterieeinsatz sei sie den französischen Truppen überlegen. Ihre Behandlung nach dem freiwilligen Überlaufen sei einwandfrei gewesen. Die algerische Armee aber will die Legionäre nicht behalten. "Wir wollen keine gekauften Soldaten. Wir haben genügend junge Algerier, die bereit sind, für ihre Heimat zu kämpfen". Die von den Legionären in Deutschland genannten Weiterleitungsstellen sind immer die gleichen, auch die Übergangsstellen an der deutsch-französischen Grenze. Warum war es bisher der deutschen Polizei nicht möglich, diese Menschenschmuggelstellen besser unter ihre Kontrolle zu bekommen?

Auf algerischen Boden

Artillerief Feuer macht uns deutlich, daß wir uns auf algerischen Boden befinden. In einem jeder Gebietsteile, die von der algerischen Armee beherrscht werden. Es ist ein merkwürdiges Gefühl, mitten aus dem geruhsamen Alltag der Bundesrepublik in das kriegerische Geschehen Nordafrikas verschlagen zu werden. Der algerische Oberst gibt uns gern Auskunft über alle militärischen Fragen. Das Thema Politik bleibt tabu. "Wir stehen hier, um unsere Heimat zu befreien. Politik geht die Armee nichts an". Von Zeit zu Zeit klingelt das Feldtelefon, der Oberst gibt seine Anweisungen, Meldegänger erscheinen, junge Offiziere erstatten Lagebericht. Der algerische Oberst, Chef eines Wilaya (wir würden sagen Territorialbefehlshaber) wurde bereits mehrmals verwundet und hat den Krieg von Anfang an mitgemacht. Nach seiner Ansicht gibt es kein Zurück mehr. Aber allem stehe das Wort "trop tard" - zu spät. Zuviel Blut sei in den vergangenen Jahren bereits vergossen worden, um noch eine Kompromißlösung zuzulassen. Die Verluste auf algerischer Seite beziffert er auf rund 600 000 Zivilisten und Soldaten. Es gebe kaum eine algerische Familie, die nicht einen Verlust zu beklagen habe. "Und da glauben Sie doch wohl nicht im Ernst, daß 97 Prozent unserer Bevölkerung freiwillig für die Politik der französischen Unterdrücker gestimmt haben sollen". Ganz kommt der Oberst offensichtlich an der Politik doch nicht vorbei. Er zieht noch einen Vergleich. "Wenn diese Wahlen in Algerien freie Wahlen gewesen sein sollen, dann sind alle Wahlen in den kommunistischen Ländern freie Wahlen". Wir müssen bei diesen Worten an die entsprechenden Wahlen im Saargebiet denken. Mitten in Europa war es möglich, Wahlen unter Zwang jeweils zugunsten des Separatisten Hoffmann durchzuführen, während bei den ersten freien Wahlen unter internationaler Aufsicht der ganze Spuk vorbei war. In Algerien aber wurde unter der Aufsicht und dem Kommando der französischen Armee gewählt. Und das besagt alles. Frankreich hat damit weder sich, noch dem Ansehen der Demokratie in Nordafrika einen Dienst erwiesen. Denn trotz 97 Prozent Ja-Stimmen geht der Krieg in Algerien weiter.

US-Uniformen - deutsche Waffen

Marschlieder erklingen - das Ausbildungsbataillon rückt in das Lager ein. Die Wache tritt heraus, salutiert vor dem Oberst. Militärpolizei kontrolliert scharf den Eingang. Kommandos ertönen, das Bataillon marschiert in offener Viereck auf. Gewehrgräbe. Es klingt wie bei den Frauen. Alles junge Burschen. Freiwillig sind sie gekommen. Aus allen Teilen Algeriens. Sie tragen amerikanische Uniformen, gutes, einheitliches Schuhwerk, einheitliche Ausrüstung mit Karabiner M1 K, M1C 34 und M1C 42. Woher diese deutschen Waffen kommen? Achselzucken. Der Oberst lächelt. Es ist ein bitteres Lächeln. "Die Franzosen treifen uns mit amerikanischen NATO-Panzern und NATO-Flugzeugen an. Wir haben dafür wenigstens amerikanische Uniformen. "Die Meinung bei den algerischen militärischen Führern ist einheitlich: ohne die Waffen der NATO könnte Frankreich diesen Krieg nicht führen. Und ohne die wirtschaftliche Hilfe der Bundesregierung könnte Frankreich den wirt-

schaftlichen Aderlaß ebenfalls nicht aushalten. Bisher haben die Algerier jede Waffenhilfe aus dem Osten abgelehnt. Ob das für alle Zukunft so bleiben wird, wenn der Krieg auf Leben und Tod weitergeht, erscheint sehr zweifelhaft.

Gut organisierte Armee

Die Disziplin bei der algerischen Armee ist imponierend. Plünderungen und Vergewaltigungen sind unter schwere Strafe gestellt. Daß allerdings dieser nun schon vier Jahre dauernde Krieg Haß über Haß erzeugt hat, steht außer Zweifel. Die meisten der jungen Offiziere sind bei der französischen Armee ausgebildet. Nicht wenige von ihnen haben im letzten Krieg auf Seiten Frankreichs gekämpft. Damals, als man ihnen die Autonomie ihres Landes versprochen hatte. Die Enttäuschung über den anschließenden "Verrat" Frankreichs ist ungeheuer groß. Sie werden und wollen nicht eher aufgeben, bis die Unabhängigkeit erreicht ist.

In einer anderen Einheit erleben wir eine politische Unterrichtsstunde. Auch hier die enge Verbindung zwischen Koran und politischer Instruktion. Alle Waffenlager, die wir sehen, sind gut in Ordnung gehalten, die Waffen vorbildlich gepflegt. In den letzten Monaten sind zu den Infanteriewaffen immer mehr schwere Waffen hinzugekommen. Der Begriff Ausbildung nimmt einen breiten Raum ein. Nicht nur im militärischen Sinne. Denn nach den Vorstellungen der algerischen Führung soll die Armee später einmal die Kader für die Verwaltung eines unabhängigen Algeriens abgeben. Das von den Algeriern beherrschte Gebiet ist straff organisiert mit einer gut funktionierenden Verwaltung. Auch das Sanitäts- und Krankenwesen wurde beachtlich ausgebaut.

Banditen - Freiheitskämpfer?

Das Artilleriefeuer verstärkt sich. In den Tagen unseres Aufenthaltes war in dem betreffenden Abschnitt eine größere Schlacht im Gange. In der untergehenden Abendsonne rücken algerische Truppeneinheiten in ihre Stellungen ein. Sind es Banditen, Revolutionäre oder Freiheitskämpfer? Die französische Propaganda sagt, es seien Banditen, Fellaghas, wie der Schimpfnamen heißt. Die Algerier sagen, ihre junge Armee, deren Stärke zur Zeit mit 120 000 Mann beziffert wird und die stärkste Armee im arabischen Raum überhaupt ist, kämpfe für die Unabhängigkeit des Landes und gegen die Vorstellungen einer überholten Kolonialpolitik. Sie würden nichts anderes für sich in Anspruch nehmen, als die Errungenschaften der französischen Revolution: nämlich Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Was wir gesehen haben, läßt sich jedenfalls mit der Bezeichnung "Banditen und Räuber" nicht mehr abtun. Warum soll dem algerischen Volk das gleiche Recht vorenthalten werden, das Tunesien und Marokko zugestanden wurde? Auf diese Frage können auch die französischen Politiker keine klare Antwort geben. Niemand kann ein ganzes Volk auf die Dauer zwingen, Franzosen gegen den eigenen Willen sein zu lassen.

Kommunistische Gefahr?

In Tunis beherrscht eine Sorge alle Überlegungen, sowohl bei der tunesischen Regierung als auch bei den führenden Männern der algerischen Freiheitsbewegung: daß durch die engstirnige Politik Frankreichs und der anderen westlichen Länder eines Tages eine Zwangslage entstehen könnte, aus der heraus die Sowjetunion auf nordafrikanischen Boden Fuß fassen könnte. Ein hoher tunesischer Vertreter hat uns das mit einem kleinen Beispiel verständlich zu machen versucht: Rommel habe auf Befehl Hitlers versucht, über Nordafrika die Südflanke Rußlands aufzureißen. Wer wolle es abstreiten, daß Rußland nicht eines Tages die Gelegenheit ergreifen könnte, um in umgekehrter Richtung über Nordafrika die Südflanke Europas zu bedrohen?

In keinem einzigen Gespräch konnten wir Sympathien für die kommunistischen Länder feststellen. Immer wieder wurde uns beteuert, daß schon aus religiösen Gründen der Kommunismus für die Araber undiskutabel sei. Und stets wird auf die Tatsache hingewiesen, daß es in Frankreich eine starke kommunistische Partei gebe, während zum Beispiel Kasner in seinem Herrschaftsbereich die kommunistische Partei verboten habe. Wenn es überhaupt engere wirtschaftliche Beziehungen zu den östlichen Ländern gebe, dann nur auf Grund der Zurückhaltung des Westens. Bis heute hat Tunesien in Tunis noch keine russische Botschaft zugelassen. Dieser Schritt wird allerdings in den nächsten Wochen erfolgen, weil er unumgänglich geworden ist. Die Tunesier haben etwas Sorgen aus der Kenntnis heraus, daß die sowjetische Botschaft in den benachbarten kleinen Libyen 30 Mann Personal zählt, von denen die überwiegende Mehrheit arabisch spricht. Selbst der sowjetische Botschafter in Tripolis hat innerhalb eines Jahres die arabische Sprache erlernt. Wenn man dagegen die spärliche Besetzung der deutschen Botschaft in Tunis sieht, dann weiß man, wie wenig Europa die Bedeutung der Vorgänge in Nordafrika erkannt hat. Eine kommunistische Gefahr in Nordafrika könnte es überhaupt nur durch die schlechte Politik des Westens geben, wofür China geradezu ein Musterbeispiel ist. Im Gegensatz zur Sowjetunion stößt die Volksrepublik China in Nordafrika auf größeres Entgegenkommen. Ob das auch mit russischen Gesichtspunkten etwas zu tun hat, bedürfte sicher einer längeren Untersuchung.

Erschütterter Glaube

Viel Zeit hat Europa in Nordafrika allerdings nicht mehr. Der Glaube an die europäische Einsicht und an den europäischen Weitblick hat in den letzten Jahren schweren Schaden gelitten. Seine große Bewährungsprobe wird er an dem Schicksal Algeriens ablegen müssen. Auch für die sozialistischen Parteien Europas ergibt sich hier eine besondere verantwortungsvolle Aufgabe. Vielerorts kommt bei Tunesiern und Algeriern eine starke Skepsis gegenüber der Wirkungskraft der Sozialistischen Internationale zum Ausdruck. War schon das Vorgehen Frankreichs während des Suez-Abenteuers in ganz Asien und in Nordafrika kein Ruhmesblatt für den europäischen Sozialismus, so ist das Verhalten Frankreichs gegenüber Algerien erst Recht kein Grund zum Optimismus.

Von der deutschen Sozialdemokratie erwarten die nordafrikanischen Politiker gegenüber ihren französischen Partnern in der Sozialistischen Internationale ein klareres Wort. In Anbetracht so grundsätzlicher Fragen wie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist für taktisches Verhalten wenig Verständnis vorhanden. Wer die Freiheit für die deutschen Brüder jenseits der Zonengrenze fordert und wer gegen die Unterdrückung des ungarischen Volkes protestiert, muß auch den Mut haben, dem algerischen Volk das gleiche Recht zuzuerkennen. Nicht politische Abstinenz kann das Ansehen Europas in Nordafrika retten, sondern zielbewußtes Zugreifen.

Skepsis gegenüber Europa

Die Skepsis gegenüber den europäischen Einrichtungen konnten wir auch bei den algerischen und tunesischen Gewerkschaften feststellen. Sie erwarten ebenfalls mehr Initiative, mehr Verständnis und mehr Hilfsbereitschaft von ihren europäischen Bruderorganisationen. Mehr Verständnis jedenfalls als in der Logen, als der Vorsitzende der algerischen Gewerkschaften, Dekar, im Frühjahr dieses Jahres zu einer Bürositzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften nach Brüssel reiste, dort unter formalen Gründen von der belgischen Polizei auf Ersuchen der französischen Polizei festgenommen und fast drei Monate in belgischen Gefängnissen festgehalten wurde.

Noch kalten die nordafrikanischen Gewerkschaften treu zu den freien Gewerkschaften. Die Algerier erkennen auch darüber an, daß es der DGB war, der ihre gleichberechtigte Zulassung zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften kräftig unterstützt hat. Aber damit ist es allein nicht getan. Schon zeichnet sich die Gefahr ab, daß die nordafrikanischen Gewerkschaften sich mehr und mehr dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund zuwenden. Ist es ihre Schuld? Ist es die Schuld der jungen nordafrikanischen Studenten, daß sie mehr und mehr an Universitäten kommunistischer Länder studieren, nur weil Europa seine Aufgabe in der Bereitstellung von Studienplätzen nicht erkannt hat?

Die Liste der europäischen Versäumnisse oder des europäischen Unvermögens könnte beliebig verlängert werden. Immer wieder wird betont, daß die Gefahren des Kommunismus nicht nur mit Waffen gebannt werden könnten. War es das korrupte System Tschiang Kaischeks, wie Kurt Schumacher einmal sagte, das China dem Kommunismus auslieferte, so könnte es eines Tages sein, daß die engstirnige Politik der westlichen Länder Europas dafür sorgt, daß Nordafrika für Europa verloren geht. Wird die Bundesrepublik diese Situation erkennen?